

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - StBV/019(IV)/06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr	Donnerstag,  23.02.2006	Mensa Baudezernat , An der Steinkuhle 6	17:00Uhr	21:05Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 19.01.2006
- 4 Mündliche Vorstellung der Stadtteilentwicklungsplanung Neustadt durch das Planungsbüro "KARO-Architekten"  
Vorlage: I0369/05
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Kunst für den Universitätsplatz - Entwurf von Anthony Cragg für das Hauptkunstwerk "POINTS OF VIEW"  
Vorlage: DS0519/05

- 5.2 Behandlung der Stellungnahmen zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 156-2.1 und zur planfeststellungersetzenden Straßenplanung der Abbiegespur (Ortsfahrbahn) "Ziolkowskistraße 11 / Dienstleistungszentrum"  
Vorlage: DS0544/05
- 5.2.1 Beschlusspunkt 3.1
- 5.2.2 Beschlusspunkt 3.2
- 5.2.3 Beschlusspunkt 3.3
- 5.2.4 Beschlusspunkt 3.4
- 5.3 Satzung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 156-2.1 und zur planfeststellungersetzenden Straßenplanung der Abbiegespur (Ortsfahrbahn) "Ziolkowskistraße 11 / Dienstleistungszentrum für Autokunden"  
Vorlage: DS0545/05
- 5.4 Behandlung der Anregungen zum Bebauungsplan Nr.: 267-1B "Klusdamm / Thomas-Mann-Straße - Teilbereich B"  
Vorlage: DS0621/05
- 5.5 Satzung zum Bebauungsplan Nr.: 267-1B "Klusdamm / Thomas-Mann-Straße -Teilbereich B"  
Vorlage: DS0622/05
- 5.6 Befreiung von Festsetzungen im Bebauungsplan Nr. 239-3 "Regierungsstraße"  
Vorlage: DS0008/06
- 5.7 Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 262-1 "Cracauer Straße"  
Vorlage: DS0625/05

- 5.8 Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 262-2  
"Verlängerte Friedrich-Ebert-Straße"  
Vorlage: DS0626/05
- 5.9 Einziehung eines Parkstreifens Fröbelstraße Nr. 18 - 56  
Vorlage: DS0642/05
- 5.10 Einleitung der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der  
Landeshauptstadt Magdeburg - Südost  
Vorlage: DS0648/05
- 5.11 Komplettierung des Börderadweges zwischen Schmeilstraße und  
Am Schroteanger  
Vorlage: DS0661/05
- 6 Anträge
- 6.1 Ausschreibung einer Fläche zur Errichtung eines Tagescafés auf dem  
Olvenstedter Platz SPD-Ratsfraktion  
Vorlage: A0197/05
- 6.1.1 Ausschreibung einer Fläche zur Errichtung eines Tagescafés auf dem  
Olvenstedter Platz  
Vorlage: S0316/05
- 6.2 Frühestmögliche Einbeziehung der Gemeinwesenarbeitsgruppen  
(GWA) in Projekte der Stadtteilentwicklung Fraktionen  
Linkspartei/PDS, CDU, SPD  
Vorlage: A0208/05
- 6.2.1 Frühestmögliche Einbeziehung der Gemeinwesenarbeitsgruppen  
(GWA) in Projekte der Stadtteilentwicklung SPD-Fraktion  
Vorlage: A0208/05/1
- 6.2.2 Frühestmögliche Einbeziehung der Gemeinwesenarbeitsgruppen  
(GWA) in Projekte der Stadtteilentwicklung  
Vorlage: S0309/05

- 6.3      Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2006  
- Haushaltssatzung 2006  
- Finanzplan bis 2009  
- Stellenplan 2006                      CDU-Ratsfraktion  
Vorlage: DS0464/05/48
- 6.3.1    Haushaltsplan 2006  
- Haushaltssatzung 2006  
- Finanzplan bis 2009  
- Stellenplan 2006  
Vorlage: S0005/06
- 6.4      Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2006  
- Haushaltssatzung 2006  
- Finanzplan bis 2009  
- Stellenplan 2006                      CDU-Ratsfraktion  
Vorlage: DS0464/05/41
- 6.4.1    Änderungsantrag DS0464/05/41 zum Haushaltsplan 2006  
Vorlage: S0006/06
- 6.5      Langzeitparkplatz an der Johanniskirche    CDU-Ratsfraktion  
Vorlage: A0236/05
- 6.5.1    Langzeitparkplatz an der Johanniskirche  
Vorlage: S0023/06
- 7        Informationen
- 7.1      Förderung von Einzelhändlern kostenlose Nutzung von  
vorgelagerten Fußwegflächen  
Vorlage: I0022/06
- 7.2      Einzäunung des Schulgeländes am Hopfengarten  
Vorlage: I0038/06

- 7.3 Fußgängerbrücke als Übergangslösung während des Neubaus der Brücke Sohlener Straße und Dauerlösung für die BbS VIII  
Vorlage: I0012/06
- 7.4 Ziele und Ergebnisse des Stadtumbaus in der Landeshauptstadt Magdeburg  
Vorlage: I0381/05
- 7.5 Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan Nr. 362-2 "Braunschweiger Straße"  
Vorlage: I0007/06
- 7.6 DS0464/05/34 - Antrag der CDU (Beschluss-Nr. 783-Z001(IV)05 Sanierung von Kita's und Schulen über das Programm "Städteumbau Ost"  
Vorlage: I0028/06
- 8 Mitteilungen und Anfragen

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Stadtrat Reinhard Stern

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Olaf Czogalla

ab 17.15 Uhr anwesend

Stadtrat Jürgen Canehl

Stadtrat Bernd Krause

Stadtrat Walter Meinecke

Stadträtin Sabine Paqué

bis 19.45 Uhr anwesend

Stadtrat Frank Schuster

Stadtrat Wolfgang Wähnelt

Stadtrat Hans-Jürgen Zentgraf

**Geschäftsführung**

Frau Hannelore Kirstein

**Beratende Mitglieder**

Stadtrat Michael Stage

## Öffentliche Sitzung

---

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Stadtrat Stern eröffnete die Sitzung, begrüßte die Mitglieder des Ausschusses und Vertreter der Verwaltung. Er stellte die fristgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Die Tagesordnung wurde mit **8 - 0 - 0** bestätigt.

### 3. Genehmigung der Niederschrift vom 19.01.2006

---

Zur Niederschrift gab es keine Hinweise bzw. Ergänzungen.

**Abstimmung zur Niederschrift: 6 - 0 - 2**

Stadtrat Canehl trifft zur Sitzung ein.

### 4. Mündliche Vorstellung der Stadtteilentwicklungsplanung Neustadt durch das Planungsbüro "KARO-Architekten" Vorlage: I0369/05

---

Herr Rehbaum (Amt 61) führte zum Thema kurz ein und übergab Frau Heuer (Planungsbüro „KARO-Architekten“) das Wort. Als Endergebnis ist die Erstellung einer Broschüre geplant.

Frau Heuer stellte die Ergebnisse der Stadtteilentwicklungsplanung für den Bereich Alte und Neue Neustadt vor. Die Untersuchung erfolgte in 3 Teilen - *Analyse*, *Leitbilder* und *Umbaukonzepte*. Die Ergebnisse waren in jeweiligen Kartenwerken dargestellt.

Die Analyse beinhaltet die vorhandenen Situationen der Infrastruktur, des Wohnungsbaus und die gesamtstädtische Beziehung. Sie zeigte die Grenzen der Gebiete auf und verwies auf die hohe Priorität der Umstrukturierung.

Unter dem Aspekt des Leitbildes wurden Entwurfsansätze Wirklichkeit und Machbarkeit dargestellt. Jede 4. Wohnung steht leer und jede 3. Wohnung ist unsaniert. Somit kommen den Komplexen Brachen sowie Grün- und Freiräume große Bedeutung zu.

Stadtrat Czogalla trifft zur Sitzung ein.

Im Teil *Umbaukonzepte* wurde ein 3-Aktionsfelderplan vorgestellt.

Stadtrat Zentgraf fragte nach, wie zufrieden die Verwaltung mit dem Ergebnis ist, wie damit umgegangen werden soll und wie weit die Untersuchungen noch getrieben werden sollen? Im Umfeld sollten keine neuen Wohnbebauungen zugelassen werden.

Herr Olbricht (Amt 61): Das Konzept bietet futuristische Ansätze, aus welchem konkrete Maßnahmen abgeleitet werden können. Diese sind in der GWA zu diskutieren und dem Förderprogramm anzupassen, wenn es denn so gewollt ist.

Herr Dr. Scheidemann (i.V. Bg VI): Das Konzept stellt einen übergeordneten Handlungsrahmen dar. Er zeigte die Bedeutung für die Entwicklung des Bereiches Handelshafen und Sieverstorstraße auf.

Stadträtin Paquè hätte sich ebenfalls als Ergebnis konkrete Konzepte gewünscht.

Stadtrat Wähnelt kritisierte am Vortrag die Möglichkeitsform und befürchtet, dass die Erstellung der Stadtteilplanung eine akademische Übung war und in der Schublade liegen bleibt. Das Konzept ist teilweise bereits zeitlich überrollt (das Hochhaus war einmal als Identifikationspunkt angedacht und wurde bereits abgerissen). Die Gespräche aus der GWA-Arbeit sind teilweise in das Konzept eingeflossen. Wichtig sind neue Wege aufzuzeigen und Schwerpunkte zu setzen.

Stadtrat Canehl: Die Steuerung des Schrumpfungsprozesses ist sehr kompliziert. Die Gefahr, dass etwas in der Schublade verschwindet, besteht immer. Viele Punkte sind hilfreich. Sehen wir im Gebiet Möglichkeiten zur Ausweisung Eigenheimquartiere mit entsprechendem Wohnumfeld?

Frau Heuer zeigte 4 Gebiete für derartige Nutzung (z.B. Bereich Handelshafen, Brauereigelände) auf.

Stadtrat Stern: Die Schaffung von Verbindung zur Urbanität und Kleinteiligkeit der Viertel ist zu beachten und trägt interdisziplinären Charakter. Wie steht das Dez. III zu solchen Untersuchungen?

Für Stadtrat Zentgraf stellt sich die Frage, sollen die Randgebiete mit neuen Eigenheimen weiterentwickelt werden oder den Bedarf in der Innenstadt zu fördern, damit keine Brachen im Innenbereich liegen bleiben?

Stadtrat Czogalla fehlt für derartige Entscheidung ein Überblick über die Bedarfs- und Angebotslage für Eigenheime in der Stadt. Dieser wäre Grundlage für die Stadtumbauplanung. Angebote für Flächen im Innenbereich liegen bereits vor. Insbesondere erfragte er auch die Situation in Neu-Olvenstedt.

Stadtrat Krause plädiert dafür, in Zentren keine Eigenheime, sondern Mehrgeschossbau zu entwickeln.

Herr Dr. Scheidemann (i.V. Bg VI) nannte Angebotsflächen im Bereich der Alten und Neuen Neustadt, welche als Splitterflächen eine Bebauung zulassen. Problematisch gestalten sich die Preise. Im Bereich Rennebogen ist die Aufstellung eines Bauleitplanes beabsichtigt.

Stadtrat Stern verwies auf den durchgeführten Kongress im „Maritim“ hin, in dem deutlich wurde, dass der Markt für Mehrgeschosswohnungsbau sich z. Z. nicht gut entwickelt.

Er stellte den Antrag:

*Der Oberbürgermeister beauftragt das Dez. III eine Stellungnahme mit Hinweisen zur Stadtteilentwicklungsplanung Neustadt mit Zielrichtungen zur Umnutzung gewerblicher Flächen bzw. Ansiedlung von mittelständischen Betrieben zu erarbeiten. Dazu ist insbesondere das Brachflächenkataster zu nutzen.*

*Termin: bis zur Sommerpause des Stadtrates.*

**Abstimmung zum Antrag: 9 - 0 - 0**

Herr Olbricht (Amt 61) verwies auf den Wettbewerb, welcher neue Wohnformen in der Stendaler Straße untersucht hat. Die Stadtteilentwicklungsplanung Neustadt wird mit einer Broschüre enden.

## 5. Beschlussvorlagen

---

### 5.1. Kunst für den Universitätsplatz - Entwurf von Anthony Cragg für das Hauptkunstwerk "POINTS OF VIEW" Vorlage: DS0519/05

---

Herr Gellner (FB 42.28) führte zur Drucksche ein.

Stadtrat Czogalla hält den Sockel, wie im Montagefoto dargestellt, für überdimensioniert.

Herr Gellner (FB 42.28) merkte an, dass die Collage irreführend ist. Auf der Stadtratssitzung wird eine räumliche 3-D-Präsentation erfolgen. Sequenzweise kann die Skulptur in Bewegung erlebt werden. Der Sockel dient nur als Fundament und soll die Statik auffangen.

Stadtrat Canehl hinterfragte die Mittelplanung und –bereitstellung.

Herr Gellner (FB 42.28): 2003 wurden 800 T€ in der städtebaulichen Förderung vorgesehen. Im Stadtplanungamt erfolgte 2005 die Antragsstellung. Der Beschluss wurde 2004 gefasst.

Herr Dr. Scheidemann ( i.V. Bg VI) ergänzte, dass in der DS0321/05 lfd. Nr. 9 zum Uni-Platz „Kunst im öffentlichen Raum“ 115 800 € beschlossen wurden.

Stadtrat Meinecke kritisierte die Verfahrensweise, da sonst üblich ist, drei Angebote einzuholen. Die erforderlichen Mittel für diesen Platz wurden in keinem Gremium festgelegt. Bei den Größenordnungen fühlt er sich nicht wohl, zumal ihm die Skulptur persönlich nicht gefällt.

Stadtrat Zentgraf fragte nach, ob es für die laufenden Kosten einen Sponsoren gibt?

Dazu konnte Herr Gellner (FB 42.28) keine Aussage treffen.

Stadtrat Wähnelt hält den Universitätsplatz für diese Skulptur ungeeignet. Er wird durch die vielen Leitungen und Masten ein Verkehrsplatz bleiben, zumal er fußläufig nicht zu überqueren ist.

Dem kann sich Stadträtin Paquè anschließen. Eine überdimensionierte Straßenbahn würde hier hinpassen. Die Darstellung der großen Bäume (Anlage 3 ) stimmt nicht.

Stadtrat Schuster merkte an, dass über Kunst gestritten werden kann und hier für die Stadt Magdeburg ein individuelles Kunstwerk entstehen sollte. Laut Internet gibt es in Turin und anderen Städten bereits solche Säulenskulpturen. In der Anlage 1 ist kein Datum vermerkt. Das Fundament ist sehr kompliziert. Sind die Kosten für Fundament und Transport sowie vom Sponsoring bekannt? Ob an diesem Standort die Skulptur bei den vielen Masten und Leitungen auch zur Geltung kommt, zweifelt er ebenfalls an.

Herr Gellner (FB 42.28): Seit 2002 wurde an der Kunstkonzeption gearbeitet und kein Magdeburger Künstler sah sich in der Lage, die gestellte Aufgabe zu realisieren. Das Kunstwerk sollte als eines von Herr Cragg erkannt werden, das ist seine Handschrift. Deshalb ist er auch als Künstler stark nachgefragt.

**Abstimmung zur Drucks.0519/05: 0 - 8 - 1 abgelehnt**

- 5.2.            Behandlung der Stellungnahmen zum vorhabenbezogenen  
Bebauungsplan Nr. 156-2.1 und zur planfeststellungersetzenden  
Straßenplanung der Abbiegespur (Ortsfahrbahn)  
"Ziolkowskistraße 11 / Dienstleistungszentrum"  
Vorlage: DS0544/05
- 

Frau Bartel (Amt 61) brachte die Drucksache ein und begründete die einzelnen  
Beschlussvorschläge  
Zur Abwägung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt mit **6 Ja-Stimmen, 2 Nein-**  
**Stimmen und 1 Enthaltung**  
mit **Beschluss-Nr.StBV109-19(IV)06**

1. *Die durch den Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg bereits am 09.09.1999 gefassten Einzelbeschlüsse zur Behandlung von Anregungen der Träger öffentlicher Belange und der Bürger wurden in ihrem Ergebnis im Bebauungsplan entsprechend berücksichtigt und bedürfen keiner erneuten Beschlussfassung.*
2. *Der Berücksichtigung von Hinweisen der Träger öffentlicher Belange zum geänderten Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt.*

3. Zur Behandlung von Stellungnahmen aus der frühzeitigen Bürgerbeteiligung, der öffentlichen Auslegung sowie der erneuten Beteiligung der Träger öffentlicher Belange ergehen folgende Einzelbeschlüsse:

3.1. Grundstückseigentümer, Bürgerversammlung vom 02.09.04

a) Stellungnahme:

Es wird darauf hingewiesen, dass eine bestehende Baulast für Versorgungsleitungen über das Planungsgrundstück verläuft.

Außerdem werden Bedenken erhoben hinsichtlich der geplanten Baumpflanzungen auf der Nordseite des Plangrundstückes. Nördlich angrenzend besteht hier ein Autohaus, an dieser Grundstücksgrenze werden Fahrzeuge präsentiert, starker Laubwurf wäre sehr störend.

b) Abwägung:

Für die Versorgungsleitungen zum Grundstücksnachbarn wurden im Bebauungsplan Leitungsrechte festgesetzt.

Der Fahrzeugpräsentationsbereich besteht nur im westlichsten Grundstücksteil. Hier stehen derzeit auf dem Planungsgrundstück mehrere Eichen, die für zukünftige Bebauung gefällt werden müssen. Baumpflanzungen erfolgen in diesem Bereich nicht, sondern nur eine Hecke soll hier angelegt werden.

Beschluss 3.1.: Der Stellungnahme wird gefolgt.

3.2. Wohnungseigentümer, Schreiben vom 16.09.04

a) Stellungnahme:

Die Stellungnahme erfolgt als Eigentümer des zehngeschossigen Wohngebäudes Albert-Schweitzer-Straße 11-13 (südlich unmittelbar angrenzend hinter dem Fußweg zur Fußgängerbrücke).

Derzeit ist die Böschung und der Weg zur Fußgängerbrücke reich mit Bäumen und höherwachsendem Busch- und Strauchwerk bewachsen. Es werden Bedenken zum Vorhaben erhoben, da die geplanten Pflanzungen wenn überhaupt erst nach Jahren eine adäquate Schutzfunktion erreichen werden, wie der derzeitige Bestand.

b) Abwägung:

Entlang des Fußweges sind im 2. Entwurf zum vorhabenbezogenen B-Plan allein 20 Bäume (auf 120 m Länge) zeichnerisch explizit festgesetzt, darüber hinaus wird auf einer Breite zwischen 10 und 16 m eine neue Bepflanzung erfolgen (der überwiegende Teil auf privater Grundstücksfläche des Investors, ein kleiner Teil bleibt weiterhin städtische Grünfläche). Im B-Plan ist die Investorengrünfläche als Fläche zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzen entlang der gesamten südlichen Grundstücksgrenze festgesetzt. Die Baumqualität ist vorgeschrieben: Hochstamm, dreimal verpflanzt, 16-18 cm Stammumfang. Damit ist ein schnelles Gedeihen und eine in naher Zukunft adäquate Grünzone als optische Abschirmung zwischen Wohnen und Gewerbe gesichert. Über ein schalltechnisches Gutachten wurde außerdem sichergestellt, dass die Richtwerte für allgemeine Wohngebiete an den nächst-gelegenen Wohngebäuden (u.a. Albert-Schweitzer-Straße 11-13) eingehalten werden. Im Ergebnis dieses Gutachtens wurden Festsetzungen dahingehend getroffen, dass die Öffnungs- und Lieferzeiten auf die Tagzeit (6 bis 22 Uhr) beschränkt sind und dass Werkstatttore bei lärmintensiven Tätigkeiten geschlossen zu halten sind.

Beschluss 3.2: Der Stellungnahme wird gefolgt.

3.3. Landesverwaltungsamt, Referat Abwasser, Schreiben vom 15.09.05

*a) Stellungnahme:*

*Der Anschluss des Vorhabengrundstückes an die nächst vorhandenen Regenwasserkanäle scheint mit technischen Schwierigkeiten verbunden und würde zu einer unzulässigen Abflussverschärfung im zu benutzenden Gewässer führen. Der Forderung des Landeswassergesetzes zur Ausnutzung aller Möglichkeiten der Versickerung wurde im Plan nicht entsprochen. Die Versiegelungsflächen wurden in keinem Wasserrechtsverfahren bei der oberen Wasserbehörde berücksichtigt.*

*b) Abwägung:*

*Die ursprünglich geplante annähernd komplette Ableitung des Oberflächenwassers ist nicht mehr aktuell. Es erfolgt nach erneuter Abstimmung mit dem Städtischen Abwasserbetrieb und der unteren Wasserbehörde nur eine geringfügige Einleitung in das vorhandene Kanalnetz (Notüberlauf). Im Plangebiet erfolgt eine überweiegende Versickerung und Rückhaltung des anfallenden Oberflächenwassers (sowohl für die Entwässerung der Abbiegspur vom Magdeburger Ring als auch für das Vorhabensgrundstück). Die Beantragung der geplanten Entwässerung über die geplanten Versickerungsmulden für die Abbiegspur und für die Vorhabensfläche erfolgte bei der zuständigen unteren Wasserbehörde.*

*Beschluss 3.3: Der Stellungnahme wird gefolgt.*

*3.4. Eigenbetrieb Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg, Schreiben vom 27.09.05:*

*a) Stellungnahme:*

*Dem Plan wird grundsätzlich zugestimmt. Folgende Hinweise sind zu beachten: Bei ggf. im Verlauf des Bauvorhabens weiteren erforderlichen Entfernungen von Bäumen bzw. bei Beeinträchtigungen wird der Eigenbetrieb zur Begutachtung hinzugezogen. Zu entfernende Bäume sollten als „Bäume“ ersetzt werden, nicht als freiwachsende Hecke. Die geforderten Ersatzpflanzungen sollten in der Mindestqualität „Hochstamm, Stammumfang 18/20 cm, aus extraweitem Stand, mit Drahtballierung“ festgelegt werden.*

*b) Abwägung:*

*Der Hinweis des Eigenbetriebes wurde dem Vorhabenträger übermittelt. Es werden auf dem Grundstück 87 Bäume gerodet, dafür werden 95 Bäume auf dem Grundstück neu gepflanzt und zusätzlich 47 auf einem außerhalb des Vorhabengrundstückes gelegenen städtischen Grundstück in unmittelbarer Nachbarschaft zum Vorhaben. Die geplanten Heckenpflanzungen resultieren aus der Eingriffsbilanzierung und stellen weitere Ausgleichsmaßnahmen dar. Alle Ersatzpflanzungen gem. Grünordnungsplan und B-Plan wurden festgelegt als „Hochstamm, 16/18 cm Stammumfang, dreimal verpflanzt“. Dies entspricht den üblichen Pflanzqualitäten.*

*Beschluss 3.4: Der Stellungnahme wird überwiegend gefolgt.*

- 4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Bürger und Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis der Abwägung unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.*

**Beschlussvorschlag:**

---

**5.2.1. Beschlusspunkt 3.1**

---

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt mit **4 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen** (SR Czogalla abwesend)  
mit **Beschluss-Nr. StBV105-19(IV)06**  
*Der Stellungnahme wird gefolgt.*

---

**5.2.2. Beschlusspunkt 3.2**

---

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt mit **6 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und 3 Enthaltungen**  
mit **Beschluss-Nr. StBV106-19(IV)06**  
*Der Stellungnahme wird gefolgt.*

---

**5.2.3. Beschlusspunkt 3.3**

---

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig** mit **9 Ja-Stimmen**,  
mit **Beschluss-Nr. StBV107-19(IV)06**  
*Der Stellungnahme wird gefolgt.*

---

**5.2.4. Beschlusspunkt 3.4**

---

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt mit **6 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung**  
mit **Beschluss-Nr. StBV108-19(IV)06**  
*Der Stellungnahme wird überwiegend gefolgt.*

- 5.3. Satzung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 156-2.1 und zur planfeststellungersetzenden Straßenplanung der Abbiegespur (Ortsfahrbahn) "Ziolkowskistraße 11 / Dienstleistungszentrum für Autokunden"  
Vorlage: DS0545/05
- 

Frau Bartel (Amt 61) führte zur Drucksache ein.

**Abstimmung zur Drucks.0545/05: 6 - 2 - 1**

- 5.4. Behandlung der Anregungen zum Bebauungsplan Nr.: 267-1B "Klusdamm / Thomas-Mann-Straße - Teilbereich B"  
Vorlage: DS0621/05
- 

Herr Wiesmann (Amt 61) brachte die Drucksache ein.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt mit **8-Ja-Stimmen**,  
**1 Nein-Stimme** und **1 Enthaltung**  
mit Beschluss-Nr. StBV110-19(IV)06

1. *Die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr. 267-1B " Klusdamm / Thomas-Mann-Straße – Teilbereich 1 B" sowie in den Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Anregungen hat der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 6 und § 3 Abs. 2 BauGB mit folgendem Ergebnis geprüft.*
  - 1.1 *Der Berücksichtigung der Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt. Die Abwägung (Anlage zur DS0621) wird gebilligt. Einzelbeschlüsse sind nicht zu fassen.*
2. *Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die Bürger und Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.*

**Beschlussvorschlag:**

5.5. Satzung zum Bebauungsplan Nr.: 267-1B "Klusdamm / Thomas-Mann-Straße -Teilbereich B"  
Vorlage: DS0622/05

---

Herr Wiesmann (Amt 61) erläuterte die Änderungen und begründete diese.

Stadtrat Zentgraf fragte nach, ob die Baumaßnahme noch gestoppt werden kann? Lieber Brachen im Außenbereich als in der Innenstadt.

Stadtrat Wähnelt sieht auch keine Notwendigkeit. Die Setzung von Schwerpunkten in der Stadtplanung ist gefragt.

Herr Dr. Scheidemann (i.V. Bg VI) verwies auf den Abschluss städtebaulicher Verträge. Dieses Gebiet stellt einen Lückenschluss (Arrondierung) zu den umliegenden Gebieten dar.

Stadtrat Krause: Wird der Lückenschluss gebraucht?

Stadtrat Canehl: Sind das Verträge zu Planungen und muss bei Aufhebung mit Entschädigung gerechnet werden?

Stadtrat Czogalla würde hier nicht die Planungen abbrechen. Es ist eine ehemalige Brache, welche im Zusammenhang mit den umliegenden Gebieten eine verbesserte Qualität erfährt.

**Abstimmung zur Drucks.0622/05: 6 - 3 - 0**

5.6. Befreiung von Festsetzungen im Bebauungsplan Nr. 239-3  
"Regierungsstraße"  
Vorlage: DS0008/06

---

Herr Olbricht (Amt 61) führte zur Drucksache ein. Er erläuterte die zwei Festsetzungen, von welchen vom rechtskräftigen B-Plan befreit werden sollen und begründete dies.

Stadtrat Stern hinterfragte die Auswirkung auf die umliegende Bebauung.

Herr Olbricht stellte den geplanten Wohnblock und dessen Sanierung vor. Das städtische Baufeld bleibt erhalten. Die Sanierungsmaßnahme, die u.a. eine Erhöhung des Maßes der baulichen Nutzung zum Ziel hat, wird als städtebaulich vertretbar eingeschätzt. Eine Gestaltungssatzung ist nicht vorhanden.

Stadtrat Wähnelt sieht in der Sanierung des in den 50-er Jahren gebauten Wohnblockes keine Verbesserung. Mit dem B-Plan hat die Stadt ein Instrument in der Hand, mit dem sie Qualität entstehen lassen sollte. Eine Gestaltungssatzung wird nicht gebraucht. Die Bauherren wollen vom B-Plan abweichen und dem soll der Stadtrat zustimmen. Der vorgestellten Sanierung sollte der Stadtrat nicht zustimmen. Er stimmt der Drucksache nicht zu.

Stadtrat Czogalla schließt sich Stadtrat Wähnelt an und würde die *alte Baulinie* belassen.

Stadtrat Krause spricht sich gegen eine Erhöhung der Firsthöhe an dieser Stelle aus und hinterfragte, weshalb 13 m festgesetzt waren?

Stadtrat Canehl hält die Höhe gegenüber dem Kloster für angemessen bzw. bereits zu hoch.

Stadtrat Meinecke hat nichts gegen diese Sanierung und kann der Drucksache folgen.

Herr Dr. Scheidemann (i.V. Bg VI) legte die städtebauliche Situation dar. Ohne Befreiung wird die Sanierung wirtschaftlich nicht darstellbar sein (finanzielle Situation und Betrachtung des Bauherren). Der jetzige Zustand ist auch kein schöner Anblick. Im Baukunstbeirat war nur der Versprung des Gebäudes als nicht so glücklich angesehen worden. Die Bauleitplanung kann nur Angebote machen und nicht selbst realisieren.

Stadtrat Stern verwies auf den durchgeführten Wettbewerb, dessen Ergebnisse hier nicht umgesetzt werden. Darin wurde u. a. über kleinteilige Bebauung diskutiert. Zum 2. Baufeld hat er starke Bedenken.

Stadtrat Zentgraf schlug vor, die Erteilung der Genehmigung mit Auflagen ( andere Architektur) zu erteilen.

Herr Olbricht (Amt 61) ging auf die Problematik der Einstellplätze und den Eigenbedarf der Wohnbebauung und des Umfeldes ein. Bei der Festlegung der Traufhöhe im B-Plan wurde sowohl das Kloster als auch der vorhandene Bestand berücksichtigt.

Herr Schütt (Amt 63) teilte mit, dass ein Bauantrag und ein Antrag auf Befreiung vorliegen und die Ablehnungen Verwaltungsakte sind, gegen die Widerspruch eingelegt werden können. Eine Ablehnung aus gestalterischer Sicht zu begründen, wäre ein Ermessensfehler.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr **lehnt** mit **1 Ja-Stimme, 5 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen**

mit Beschluss-Nr. StBV111-19(IV)06 **ab:**

*Im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens zum Um- und Ausbau eines Mehrfamilienhauses im Geltungsbereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 239-3 „Regierungsstraße“ befürwortet der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr die Befreiung nach § 31 Abs. 2 BauGB von folgenden Festsetzungen:*

- *Befreiung von der festgesetzten Traufhöhe im Kerngebiet MK4 gegenüber dem Kloster Unser Lieben Frauen aufgrund eines geplanten Dachgeschossausbaus,*
- *Befreiung von einem Geh- und Leitungsrecht.*

**Herr Wiesmann (Amt 61) brachte die Drucksache ein. Er begründete die Aufhebung und stellte den Zusammenhang zur nachfolgenden Drucksache der Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes dar.**

**Abstimmung zur Drucks.0625/05: 9 - 0 - 0**

- 5.8. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 262-2  
"Verlängerte Friedrich-Ebert-Straße"  
Vorlage: DS0626/05
- 

Herr Wiesmann erläuterte die einzelnen Planungsziele des Vorentwurfes. Er begründete die Festlegungen zur baulichen Nutzung.

**Abstimmung zur Drucks.0626/05: 9 - 0 - 0**

- 5.9. Einziehung eines Parkstreifens Fröbelstraße Nr. 18 - 56  
Vorlage: DS0642/05
- 

Herr Rocher (Amt 66) brachte die Drucksache ein und stellte die neue Stellplatzsituation dar.

**Abstimmung zur Drucks.0642/05: 9 - 0 - 0**

- 5.10. Einleitung der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP)  
der Landeshauptstadt Magdeburg - Südost  
Vorlage: DS0648/05
- 

**Herr Rehbaum (Amt 61) führte zur Drucksache ein und erläuterte die Änderungen. Des Weiteren informierte er über die neue inhaltliche Verfahrensweise bei Änderungen des Flächennutzungsplanes.**

**Abstimmung zur Drucks.0648/05: 9 - 0 - 0**

- 5.11. Komplettierung des Börderadweges zwischen Schmeilstraße und  
Am Schroteanger  
Vorlage: DS0661/05
-

Frau Baumgart (Amt 61) führte zur Drucksache ein. Sie stellte die Baumaßnahme (2 Varianten zur Entwässerung) vor und verwies auf die noch ausstehende Klärung des Grunderwerbes.

Stadtrat Stern merkte an, dass zukünftig nicht alles mehr aus dem Stadtumbau Ost abgefangen werden kann und sieht keine Notwendigkeit von beidseitigen Mulden zur Entwässerung.

Stadtrat Cahnel hält die Maßnahme für dringend notwendig. Unter dem Aspekt, weniger Grunderwerb tätigen zu müssen, sollte die Notwendigkeit von beidseitigen Mulden geprüft werden.

Stadtrat Stern ließ über die Drucksache mit der Maßgabe, dass die Ausführungen von Mulden und Höhe der Kosten überprüft werden und den Ausschussmitgliedern vor der Stadtratssitzung schriftlich vorgelegt werden, abstimmen.

**Abstimmung zur Drucks.0661/05: 9 - 0 - 0**

## 6. Anträge

---

### 6.1. Ausschreibung einer Fläche zur Errichtung eines Tagescafés auf dem Olvenstedter Platz SPD-Ratsfraktion Vorlage: A0197/05

---

Stadtrat Canehl brachte den Antrag ein. Er begründete den Antrag und stellte die Zeitschiene zur Realisierung dar. Es sollte kein Kiosk, sondern ein Tagescafé mit außer Hausverkauf entstehen.

Stadtrat Stern merkte an, dass die Toilette nicht von der Stadt betrieben werden sollte und der Begriff im Antrag „öffentliche Toilette“ nicht richtig ist. Kann der außer Hausverkauf im Erbbaurechtpachtvertrag geregelt werden?

Stadtrat Czogalla, als Vertreter der einbringenden Fraktion, schlug vor, den Antragstext wie folgt redaktionell zu ändern:

*...eines kleinen Tagescafés mit Außengastronomie und öffentlich nutzbarer Toilette auszuscheiden.*

Er wird in der Stadtratssitzung den entsprechenden Antrag stellen.

Frau Frost (FB 23) sieht keine Bedenken zum Antrag. Im Vertrag kann vereinbart werden, dass die Toilette während der Öffnungszeiten des Cafés öffentlich zugänglich sein muss.

**Abstimmung zur redaktionell geänderten Fassung A197/05: 9 - 0 - 0**

- 6.1.1. Ausschreibung einer Fläche zur Errichtung eines Tagescafés auf dem Olvenstedter Platz  
Vorlage: S0316/05
- 

Der Ausschuss nahm die Stellungnahme zur Kenntnis.

- 6.2. Frühestmögliche Einbeziehung der Gemeinwesenarbeitsgruppen (GWA) in Projekte der Stadtteilentwicklung Fraktionen Linkspartei/PDS, CDU, SPD  
Vorlage: A0208/05
- 

Herr Dr. Gottschalk (Dez.V/02) brachte die Stellungnahme der Verwaltung ein. Die Zusammenarbeit kann zu 95 % als gut eingeschätzt werden.

Herr Dr. Scheidemann (i.V. Bg VI) ergänzte, dass die Information an die Stadträte im Vordergrund steht und erst danach in die GA bzw. Öffentlichkeit gegangen werden soll.

Stadträtin Paquè: Mit den GWA sollte noch mehr Öffentlichkeitsarbeit betrieben und engagierte Bürger gefunden werden.

Stadtrat Krause: Die Autorität sollte erhöht und die Personen selbst sowie deren Arbeit ernst genommen werden.

Stadtrat Wähnelt sieht im Antrag eine Zielstellung, welche durch den StBV auch ernst genommen werden sollte. Er hat wiederholt Sondersitzungen zum Thema „Stadtumbau Ost“ gefordert, um ausführliche Diskussionen führen zu können.

Stadtrat Stern: Es ist ein Fehler gemacht worden. Die vielen Wünsche der Bürger können nicht alle mit Versprechen durch die Politik erfüllt werden. Die frühzeitige Information des Stadtrates ist richtig. Alle Fraktionen sind in der Arbeit der Stadtumbaukommission einbezogen.

**Abstimmung Änderungsantrag 208/05/1: 8 - 0 - 0** (SR Canehl abwesend)

**Abstimmung zum Antrag 208/05: 8 - 0 - 0** (SR Canehl abwesend)

- 6.2.1. Frühestmögliche Einbeziehung der Gemeinwesenarbeitsgruppen (GWA) in Projekte der Stadtteilentwicklung SPD-Fraktion  
Vorlage: A0208/05/1
-

- 6.2.2. Frühestmögliche Einbeziehung der Gemeinwesenarbeitsgruppen (GWA) in Projekte der Stadtteilentwicklung  
Vorlage: S0309/05
- 

Der Ausschuss nahm die Stellungnahme zur Kenntnis.

- 6.3. Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2006  
- Haushaltssatzung 2006  
- Finanzplan bis 2009  
- Stellenplan 2006 CDU-Ratsfraktion  
Vorlage: DS0464/05/48
- 

Stadtrat Stern brachte den Antrag ein und ging auf die Stellungnahme der Verwaltung ein. Die Sanierung ist die teuerste Lösung und kostet das 6-fache an dem, was der Neubau in Randau betrug. Vielleicht sollte man in Betracht ziehen, neu zu bauen und das Gebäude eventuell zu veräußern?

Herr Overmann (FB03): Die Sanierung der ehemaligen Grundschule ist kein Vorschlag des FB03, sondern wurde durch die Schließung des „Schafstalles“ den Vereinen zur Verfügung gestellt und durch Beschluss des Ortschaftsrates als kulturelles Zentrum festgesetzt ( Integration Vereine, Kita ect.). Die ehemalige Grundschule ist ein denkmalgeschütztes Gebäude. Es sind bereits Fördermittel geflossen. Mit der Integration der Kita ist das Gebäude zu halten und eine Förderung durch das Land möglich.

Stadträtin Paquè verlässt die Sitzung.

Stadtrat Stern stellte den Antrag:

*Der Antrag wird zurückgestellt und nach Prüfung des Eingemeindungsvertrages bzgl. Veräußerungsmöglichkeit und Gegenüberstellung Kosten Sanierung und Neubau (analog Bürgerhaus Randau) erneut beraten.*

*Abstimmung: 7 - 0 - 0 (SR Canehl abwesend)*

- 6.3.1. Haushaltsplan 2006  
- Haushaltssatzung 2006  
- Finanzplan bis 2009  
- Stellenplan 2006  
Vorlage: S0005/06
- 

Der Ausschuss nahm die Stellungnahme zur Kenntnis.

- 6.4. Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2006  
 - Haushaltssatzung 2006  
 - Finanzplan bis 2009  
 - Stellenplan 2006 CDU-Ratsfraktion  
 Vorlage: DS0464/05/41
- 

Herr Olbricht (Amt 61) führte zur Stellungnahme der Verwaltung ein.

Herr Overmann (FB03) merkte an, dass in der I0028/06 die Verfahrensweise erläutert ist. Die Freien Träger müssen die Anträge einreichen. Nächste Woche findet eine Beratung zur Abstimmung mit den Freien Trägern der Kita zur Mitteltragstellung aus dem „Stadtumbau Ost“ statt.

Herr Olbricht (Amt 61) teilte mit, dass die Kita Göderitz-Straße durch Olvenstedt eine Chance zur Förderung hat. Der Kannenstieg ist nicht im Programm enthalten. Erst sind alle Mittel abzufragen, bevor Förderungen beantragt werden dürfen.

Stadtrat Wähnelt: Wenn nicht „Stadtumbau Ost“ greift, entgehen uns da Fördergelder?

Herr Overmann (FB03): Das Landesjugendamt stellt für Kitas noch Mittel bereit.

Auf Antrag von Stadtrat Stern wird der Antrag einstimmig zurückgestellt und nach Abschluss der o.g. Beratung erneut im StBV behandelt.

- 6.4.1. Änderungsantrag DS0464/05/41 zum Haushaltsplan 2006  
 Vorlage: S0006/06
- 

Der Ausschuss nahm die Stellungnahme zur Kenntnis.

- 6.5. Langzeitparkplatz an der Johanniskirche CDU-Ratsfraktion  
 Vorlage: A0236/05
- 

Herr Rocher (Amt 66) brachte die Stellungnahme der Verwaltung ein.

Stadtrat Czogalla regte an, diesen Bereich für die Stadträte mit Nutzen zu lassen, da durch Marktveranstaltungen (z.B. Weihnachten) Parkplätze während dieser Zeit wegfallen.

Die Verwaltung prüft die Anregung.

**Abstimmung zum Antrag 0236/05: 7 - 0 - 0**

6.5.1. Langzeitparkplatz an der Johanniskirche  
Vorlage: S0023/06

---

Der Ausschuss nahm die Stellungnahme zur Kenntnis.

7. Informationen

---

7.1. Förderung von Einzelhändlern kostenlose Nutzung von  
vorgelagerten Fußwegflächen  
Vorlage: I0022/06

---

Die Information wurde ohne Einbringung zur Kenntnis genommen.

7.2. Einzäunung des Schulgeländes am Hopfengarten  
Vorlage: I0038/06

---

Herr Overmann (FB03) informierte über den Ortstermin und die Ergebnisse der Umsetzung. Es besteht weiterhin Einvernehmen darüber, dass die bestehende Lösung bis auf Widerruf durch die Nutzer erhalten bleiben soll.

Der Ausschuss nahm die Information zur Kenntnis.

7.3. Fußgängerbrücke als Übergangslösung während des Neubaus der  
Brücke Sohlener Straße und Dauerlösung für die BbS VIII  
Vorlage: I0012/06

---

Die Information wurde ohne Einbringung zur Kenntnis genommen.

7.4. Ziele und Ergebnisse des Stadtumbaus in der Landeshauptstadt  
Magdeburg  
Vorlage: I0381/05

---

Herr Rehbaum (Amt 61) führte zur Problematik kurz ein.

Stadtrat Wähnelt zitierte aus der Vorlage Seite 3 vorletzter Absatz und fragte: Was wird denn getan, um kritisch zu hinterfragen? Auf der Seite 2 widersprechen sich 1.) und 2.) in den Worten *innen nach außen*. Mit dem StBV sollten die Zielstellungen diskutiert werden und nicht erst nach Fertigstellung von Programmen.

**Stadtrat Krause erklärte, dass er in diesem Ausschuss und auch zu anderen Anlässen wiederholt darauf aufmerksam gemacht hat, dass im Rahmen des Stadtumbaus mit dem Teilprogramm „Aufwertung“ neben einer allgemeinen Wohnumfeldverbesserung vor allem das Ziel verfolgt werden soll, die negativen Wirkungen zu mindern, die ein vorangegangener Abriss auf die im Umfeld lebenden Menschen hat sowie auf das dort angesiedelte Gewerbe und sonstige Einrichtungen. Seiner Meinung nach kommt dieser Ansatz beim Stadtumbau in der Landeshauptstadt Magdeburg, insbesondere mit Blick auf Olvenstedt, viel zu kurz.**

Dagegen ist zu beobachten, wie auch die vorliegende Information bestätigt, dass Aufwertungsmittel in einem unverhältnismäßig hohen Maße in Stadtteile fließen, die nicht oder nur kaum durch Abriss gekennzeichnet sind. Hier muss es künftig ein Umdenken und eine Umverteilung geben. Er erinnerte mit Nachdruck daran, dass das Wohngebiet Olvenstedt trotz des konzentrierten Abrisses von Wohnungen auch ein ausgewiesenes Kerngebiet hat, in dem nach wie vor Menschen wohnen und auch künftig wohnen möchten. Dem müsse Rechnung getragen werden.

Herr Dr. Scheidemann (i.V.Bg VI) hinterfragte, ob Ziel des Stadtumbauprozesses nicht auch die Aufwertung des Stadtzentrums sein sollte. Die Information sollte als Zwischenstand gewertet werden.

Herr Rehbaum (Amt 61) ergänzte, dass die Auswertung der Befragung dem StBV als Informationsvorlage vorgelegt werden wird.

Der Ausschuss nahm die Information zur Kenntnis.

7.5. Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan  
Nr. 362-2 "Braunschweiger Straße"  
Vorlage: I0007/06

---

Die Information wurde ohne weitere Einbringung zur Kenntnis genommen.

- 7.6. DS0464/05/34 - Antrag der CDU (Beschluss-Nr. 783-Z001(IV)05  
Sanierung von Kita's und Schulen über das Programm "Städteumbau Ost"  
Vorlage: I0028/06
- 

Stadtrat Stern ist davon ausgegangen, dass komplett saniert wird.

Herr Overmann (FB 03): Aufgrund der Tatsache, dass die in der Vergangenheit zur Verfügung gestellten Mittel für eine Komplettsanierung von Schulen und Kitas nicht ausreichend waren, wurde mit dem Amt 61 vereinbart, Teilmaßnahmen zu beantragen.

Für folgende Schulen sollen Anträge eingereicht werden:

1. GS "Am Glacis" für Fenster, Fassade, Sonnenschutz, Eingangsbereich. Im Haus mit integriert die ev. Grundschule. Ihre Gebäudehälfte sanieren sie über das Programm IZBB.
2. Grund- und Sekundarschule in der Helmstedter Str. 42 - restliche Fenstersanierung.
3. Fröbelschule – Fenstersanierung;
4. Regenbogenschule – Fenstersanierung/Sonnenschutz
5. Abendgymnasium/Kolleg - Sanierung von Schüler- und Lehrer-WC-Anlagen.

Mit den freien Trägern von Kitas und Horten werden zurzeit Gespräche zum Thema geführt. Die Antragstellung muss bis 24. März 2006 erfolgen.

Der Ausschuss nahm die Information zur Kenntnis.

## 8. Mitteilungen und Anfragen

---

### 1. Stadtrat Wähnelt

Ist eine Nachnutzung für die abgebrochenen Hochhäuser in der Erzbergerstraße bekannt?

Herr Schütt (Amt 63): Es liegt weder ein Bauantrag noch eine Bauvoranfrage vor.

### 2. Stadtrat Canehl

Ist die Straße An der Steinkuhle in das Investitionsprogramm aufgenommen worden?

### 3. Stadtrat Schuster

Der Lidl-Markt in der Motzstraße wollte sich erweitern, da er eine größere Verkaufsfläche benötigte. Dies wurde von der Stadtverwaltung abgelehnt. Stimmt das?

Beantwortung erfolgt schriftlich.

Des Weiteren stellte er klar, dass die in der „Volksstimme“ zum Artikel „Eine Ohrfeige für BgVI“ angeblich vom Ihm gemachte Aussage nicht richtig dargestellt worden ist. Das Zitat wurde ihm in den Mund geschoben. Er streitet sachlich und in dieser Art und mit diesen Worten würde er sich nie äußern.

### 4. Stadtrat Czogalla

Nach einer Sylvesterfeier in den Kammerspielen musste er beim Heimweg feststellen, dass

die Platten des neu gemachten Fußweges O.-v.-G.-Straße alle locker und löchrig waren. Ist der Verwaltung der Zustand bekannt und bestehen Regressforderungen ?

Beantwortung erfolgt schriftlich.

#### 5. **Anfragen Stadtrat Stern**

- Warum haben die Anwohner der Pechauer Straße erst nach 10 Jahren Bescheide erhalten? Gab es irgendwelche Baumängel und Eigentümerwechsel in der Straße? Wie ist die rechtliche Situation?
- Dem StBV ist ein Sachstand zum Antrag des Bau des Justizzentrums als Information zu geben. Dabei Aussagen zur Anbindung an die Leiterstraße und zum Wettbewerb innerstädtisches Parken in der Max-Josef-Metzger Straße zu treffen.
- Zur nächsten Ausschusssitzung ist ein Thema zum Sanierungsgebiet Buckau auf die Tagesordnung zu nehmen.  
Wie ist der Sachstand zur Eröffnung der Feuerwache Buckau? Gibt es Möglichkeiten zur Nutzung des Schlauchturmes (vielleicht als Werbeträger )?  
Wie ist der Sachstand zum Engpass?

Die Beantwortung der Fragen erfolgt schriftlich.

6. **Herr Dr. Scheidemann** informierte über eine Umverteilung von URBAN21-Mitteln. Diese sollen aus dem Entwicklungsbereich Alte Neustadt/Handelshafen in das Sanierungsgebiet Buckau fließen. Im Gegenzug sollen Städtebaufördermittel in den Jahren 2007/2008 von Buckau in den Entwicklungsbereich umgeschichtet werden. So könnten einerseits zeitnah Projekte in Buckau umgesetzt werden, andererseits die Denkfabrik mittelfristig finanziert werden, weil hier wegen der Vergabeverfahren Vorzug eingetreten ist. Das Ministerium ist einverstanden.

**20.50 Uhr Ende des öffentlichen Teiles der Sitzung.**

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Reinhard Stern  
Vorsitzende/r

Hannelore Kirstein  
Schriftführer/in

